

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 38 (2011)

DOI: 10.11588/fr.2011.0.45001

Copyright

Das Digitalisat wird Ihnen von perspectiva.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

JOACHIM C. HÄBERLEN

MOBILISIERUNG, POLITISIERUNG UND ZERFALL

Aufstieg und Fall des Front populaire in Lyon, 1934–1938

Sucht man nach Fotos, die den französischen Front populaire gleichsam ikonographisch darstellen, so springen zwei Motive ins Auge: einerseits Bilder großer ›antifaschistischer‹ und republikanischer Demonstrationen¹, andererseits Fotos der Fabrikbesetzungen während der berühmten Sommerstreiks 1936². Diese beiden Motive versinnbildlichen zwei unterschiedliche »popular movements«, um einen Begriff von Julian Jackson zu gebrauchen. Einerseits eine politische ›antifaschistische‹ Massenbewegung, die sich in Reaktion auf die »faschistische Bedrohung« durch die rechten Ligen im Februar 1934 gebildet hatte – dargestellt auf den Fotos der großen Demonstrationen – und andererseits die massive soziale Streikbewegung im Juni 1936. Beide Bewegungen zu vereinen, stellte sich jedoch, so Jackson, als unmöglich heraus, worin ein Grund für die Schwäche und das Scheitern der Volksfront zu sehen sei³. Diese beiden Bewegungen verweisen wiederum auf eine doppelte Signifikanz der Volksfront in der französischen Geschichte. In politischer Hinsicht gewinnt sie ihre Bedeutung aus der Abwehr einer zumindest wahrgenommenen faschistischen Bedrohung in einer Art »réflexe républicain«⁴; in sozialer Hinsicht daraus, dass, so

- 1 Siehe etwa die Umschlagsabbildung bei Antoine PROST, *Autour du Front populaire. Aspects du mouvement social au XX^e siècle*, Paris 2006; Serge WOLIKOW, *Le Front populaire en France*, Paris 1996. Verweise auf die Forschungsliteratur werden im Folgenden kurz gehalten; es wird jedoch ausführlich auf einige hervorragende in Lyon entstandene *mémoires de maîtrises* Bezug genommen, insbesondere auf die exzellente aber leider unveröffentlichte Arbeit von Jean-Luc DE OCHANDIANO, *Formes syndicales et luttes sociales dans l'industrie du bâtiment, Lyon 1926–1939. Une identité ouvrière assiégée?*, Lyon 1995/96 (unveröffentlichter *mémoire de maîtrise*). Siehe auch DERS., *Lyon. Un chantier limousin. Les maçons migrants (1848–1940)*, Lyon 2008. An dieser Stelle sei Jean-Luc de Ochandiano auch mein tiefer Dank ausgesprochen. Ohne seine Studie hätte diese Arbeit nie erfolgreich durchgeführt werden können. Ihm verdanke ich meine Faszination für die Bauarbeiter in Lyon, die in seinem Werk so gekonnt wieder zum Leben erweckt werden. Ebenso hervorzuheben ist das Werk von Maurice MOISSONNIER, *Le mouvement ouvrier rhodanien dans la tourmente, 1934–1945*, 2 Bde., Lyon 2004. Leider war es mir nicht vergönnt, ihn persönlich kennen zu lernen. Umso mehr möchte ich mich dafür bei seiner Frau, Henriette Moissonnier, bedanken, die mir nicht zuletzt auch ermöglichte, mit Alain Bujard, einem historisch aktiven Gewerkschafter in Lyon, zu diskutieren.
- 2 Siehe etwa die Umschlagsabbildung bei Michel MARGAIRAZ, Danielle TARTAKOVSKY, *L'avenir nous appartient! Une histoire du Front populaire*, Paris 2006.
- 3 Julian JACKSON, *The Popular Front in France. Defending Democracy, 1934–38*, Cambridge, New York 1988, S. 282.
- 4 Zur Idee des »réflexe républicain«, siehe, neben den bereits erwähnten Werken zur Volksfront, etwa François MARLIN, *Le réflexe antifasciste. Les comités de lutte contre le fascisme et la guerre dans le Loiret (1934–1936)*, in: *Vingtième Siècle* 58 (1998), S. 55–69. Zur Volksfront, siehe jüngst Jessica WARDHAUGH, *In Pursuit of the People. Political Culture in France, 1934–1939*, New York

Gérard Noiriel, ein »neues Proletariat«, das beispielsweise Metall- und Chemiearbeiter umfasste und vom Parti communiste français (PCF) repräsentiert wurde, die politische Bühne Frankreichs betrat⁵.

Ziel dieses Aufsatzes ist, diese allzu dichotomische Trennung zwischen politischer und sozialer Massenbewegung infrage zu stellen⁶. Demgegenüber soll hier gezeigt werden, wie zunächst die während der politischen Mobilisierung »erlernten« Praktiken an der Basis gleichsam die Grundlage für die darauffolgende soziale Mobilisierung während der Streiks schufen. Dabei kam es zu einer tiefgehenden Politisierung der Arbeiterbewegung, die zunächst zur erfolgreichen Mobilisierung in der Volksfront beitrug, dann aber auch zu ihrem raschen Zerfall. Der Aufsatz will somit zu einem Verständnis sowohl der Mobilisierungs- wie auch Zerfallsdynamiken der Volksfront beitragen.

Mit der Frage nach dem Verhältnis von politischer und sozialer Bewegung soll darüber hinaus ein Beitrag zu einer sich entwickelnden Geschichte des Politischen geleistet werden, der es darum geht, die historische Wandelbarkeit der Grenzen des Politischen zu bestimmen⁷. Der Aufsatz argumentiert, dass es zu einer Erweiterung des politischen Feldes in doppelter Hinsicht kam. Zum einen wird ein *räumlicher* Aspekt der Erweiterung des politischen Feldes in den Blick genommen, indem gezeigt wird, dass die Straßen und Plätze Lyons in der Zeit des Front populaire zu einer politischen Arena wurden, was mit einer zunehmenden Bedeutung politischer Parteien, insbesondere des Parti communiste, in der Arbeiterbewegung einher ging. Zweitens gewannen Praktiken der Arbeiterbewegung, wie etwa Streiks, eine politische Bedeutung, die sie vorher nicht in diesem Maße hatten. Praktiken, so die grundlegende Überlegung, sind stets als politisch oder unpolitisch konstruiert. Sie als politisch zu betrachten heißt, in ihnen eine Bedeutung zu sehen, die über die individuellen, lokalen Interessen der Beteiligten hinausreicht, und die Gesellschaft als Ganzes betrifft⁸. In Streiks etwa standen nicht mehr die (lokalen) *intérêts directs* der

2009; Gilles MORIN, Gilles RICHARD (Hg.), *Les deux France du Front populaire. Chocs et contre-chocs*, Paris 2008; Xavier VIGNA, Jean VIGREUX, Serge WOLIKOW (Hg.), *Le pain, la paix, la liberté. Expériences et territoires du Front populaire*, Paris 2006.

- 5 Siehe Gérard NOIRIEL, *Les ouvriers dans la société française XIX^e-XX^e siècle*, Paris 1986, Kapitel 4 und 5.
- 6 Siehe in diesem Kontext WOLIKOW, *Le Front populaire* (wie Anm.1), S.17. Er notiert: »L'irruption de la revendication sociale au cœur du champ politique, rompant avec le refoulement du social par le politique, est la première de ces nouveautés«. Während Wolikow eine Verschiebung der Grenzen von Politischem und Sozialem, bzw. deren Durchdringung auf der Ebene des staatlichen Handelns in den Blick nimmt, soll hier die Beziehung von Sozialem und Politischem auf der Ebene der Massenbewegungen untersucht werden.
- 7 Siehe hierzu Ute FREVERT, *Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen*, in: DIES., Heinz-Gerhard HAUPT (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005, S.7–26.
- 8 Diese Überlegung ist angeregt durch Kathleen CANNING, *Claiming Citizenship. Suffrage and Subjectivity in Germany after the First World War*, in: DIES., Kerstin BARNDT, Kristin MCGUIRE (Hg.), *Weimar Publics/Weimar Subjects. Rethinking the Political Culture of Germany in the 1920s*, New York 2010, S. 116–137, hier S. 125. Siehe in diesem Kontext auch die exzellente Studie von Petra WEBER, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39)*, München 2010 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 17). Weber

Arbeiter im Vordergrund, sondern Machtbeziehungen auf nationaler Ebene. Diese politische Aufladung von Streiks hatte, wie zu zeigen wird, wichtige und im Endeffekt negative Konsequenzen für deren praktische Durchführung. Im Zentrum der Analyse stehen mithin nicht semantische Verschiebungen, sondern der Versuch, der sich wandelnden Lokalisierung von Politik ebenso wie der politischen Signifikanz von Praktiken auf die Spur zu kommen.

Die Konzentration auf Mobilisierungs-, Politisierungs- und Zerfallsdynamiken an der Basis erfordert eine Lokalstudie, die hier am Beispiel Lyons erfolgen soll⁹. Lyon bietet sich für eine solche Fallstudie aus verschiedenen Gründen an. Nach Paris ist Lyon eine der wichtigsten Industriestädte Frankreichs, in der sich während und nach dem ersten Weltkrieg neue Industrien angesiedelt hatten, vor allem Metallindustrie und chemische Produktion, die der alten Textilindustrie langsam den Rang abliefen¹⁰. Hier bildete sich das von Gérard Noiriel beschriebene »neue Proletariat«, dessen Angehörige, oftmals Immigranten aus Italien oder Spanien, nicht in den Traditionen der französischen Arbeiterbewegung verwurzelt waren¹¹. Gleichwohl, vor der Volksfront blieben diese Arbeiter relativ ruhig und streikten nur selten. Es waren Angehörige des »alten« Proletariats, Bauarbeiter, die die Arbeiterbewegung vor 1934 in Lyon dominierten. Gerade die Stärke der Bauarbeiterbewegung in Lyon, die in einer anti-politischen, syndikalistischen Tradition stand, macht Lyon für eine Studie von Politisierungsprozessen besonders ergiebig, da sich hier ein fundamentaler Wandel zeigen lässt. Im Folgenden wird zunächst kurz die Situation vor 1934 und die Dominanz autonomer Bauarbeiter geschildert, um sodann die Mobilisierung und Politisierung während des Aufschwungs der Volksfront zu untersuchen. Der abschließende dritte Teil wird sich dem Zerfall der Volksfront in Lyon widmen.

Autonome Bauarbeiter und Kommunisten: die Situation vor 1934

Um die radikale Politisierung im Zuge der Volksfront zu verstehen, ist es angezeigt, die Situation vor 1934 wenigstens kurz zu skizzieren. In den Jahren vor der Volksfront war die Arbeiterbewegung in Lyon vornehmlich von militanten, syndikalistischen Bauarbeitern geprägt, was sich etwa daran zeigt, dass Bauarbeiter alleine für etwa ein Viertel aller Streiks und knapp die Hälfte aller Streiktage zwischen 1919 und

arbeitet detailreich die im Vergleich mit Deutschland wesentlich geringere politische Bedeutung sozialer Fragen in Frankreich heraus. Anders als in der Weimarer Republik war die Legitimität der Dritten Französischen Republik nicht an den sozialen Wohlfahrtsstaat und ihre Fähigkeit, soziale Konflikte zu lösen, geknüpft.

- 9 Zu Lyon, siehe vor allem Yves LEQUIN, *Les ouvriers de la région lyonnaise (1848–1914)*, 2 Bde., Lyon 1977; MOISSONNIER, *Le mouvement ouvrier* (wie Anm. 1); Jérémy FAURE, *Le Front populaire à Lyon et autour de Lyon. Événements, images et représentations (avril–juillet 1936)*, Lyon 1998 (unveröffentlichter *mémoire de maîtrise*); Kevin PASSMORE, *From Liberalism to Fascism. The Right in a French Province, 1928–1939*, Cambridge 1997.
- 10 Zu Seiden- und Metallarbeitern in Lyon, siehe Keith MANN, *Forging Political Identities. Silk and Metal Workers in Lyon, 1900–1939*, New York 2010 (*International Studies in Social History*, 16).
- 11 Siehe, mit explizitem Verweis auf Lyon und seine Vororte, NOIRIEL, *Les ouvriers* (wie Anm. 5), S. 124.

1935 verantwortlich waren¹². Lyons Bauarbeiter hatten sich 1921 zunächst der *Confédération générale du travail unitaire* (CGTU) angeschlossen. Als diese jedoch zunehmend von Kommunisten kontrolliert wurde, brachen zahlreiche *militants* mit der Organisation, da sie, den Prinzipien des anti-politischen Syndikalismus treu, den Einfluss von politischen Parteien in *syndicats* ablehnten¹³. Im Jahre 1926 schließlich gründeten sie den *Cartel autonome du bâtiment*, der die Gewerkschaften der verschiedenen zum Baugewerbe gehörenden Berufe umfasste, allen voran den starken *Syndicat autonome des maçons et aides*. Der *Cartel* sollte unabhängig von allen politischen wie auch von allen nationalen Organisationen bleiben, das heißt, sowohl gegenüber der CGT als auch der CGTU und dem *Syndicat unique du bâtiment* (SUB), einer überregionalen revolutionär-syndikalistischen Gewerkschaft.

Dem *Cartel*, der einer kommunistischen Quelle zufolge 1931 etwa 4000 bis 5000 Mitglieder umfasste¹⁴, gelang es in der Folgezeit, eine beachtliche Stärke zu entfalten, sowohl was seine Position gegenüber dem *patronat* als auch innerhalb der Bauarbeiterschaft anbelangte. Diese Stärke beruhte auf drei Elementen: Erstens der Präsenz des *Cartel* auf den Baustellen Lyons, wo *délégués du chantier* oder *roulantes* – Gruppen von Bauarbeitern auf Fahrrädern, die von Baustelle zu Baustelle fuhren, daher der Name – einerseits sicherstellten, dass alle Bauarbeiter eine *carte syndicale* hatten, ihre Mitgliedsbeiträge zahlten und generell die *discipline syndicale* wahrten, andererseits die Interessen der Arbeiter gegenüber den *patrons* vertraten und etwa darauf achteten, dass die vereinbarten Löhne gezahlt wurden, keine Überstunden geleistet und die Sicherheitsbestimmungen auf den Baustellen eingehalten wurden. Delegierte hatten dabei keinerlei rechtlichen Schutz vor Kündigungen durch die Arbeitgeber und mussten sich darauf verlassen, im Notfall durch einen Streik ihrer Kollegen geschützt zu werden. Indem es dem *Cartel* mehr oder weniger gelang, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu kontrollieren, konnte er eine effektive und geschlossene *communauté* der Bauarbeiter in Lyon schaffen¹⁵.

Diese Geschlossenheit kam insbesondere in Zeiten von Streiks zum Tragen, einem zweiten Element der Stärke des *Cartel*. Dabei verfolgte der *Cartel* einerseits pragmatische Taktiken, schreckte aber andererseits auch nicht vor Gewalt zurück, wenn es galt, einen Streik durchzusetzen. So wurden Streikbrecher vor ein *tribunal syndical* ›zitiert‹, das diese dazu verurteilen konnte, den durch Streikbrucharbeit erhaltenen

12 Zur Bauarbeiterbewegung in Lyon siehe die in Anm. 1 genannten Werke von J.-L. DE OCHANDIANO. Die Zahlen beruhen auf DERS., Lyon. Un chantier limousin (wie Anm. 1), S. 230f. Für ganz Frankreich siehe Boris RATEL, L'anarcho-syndicalisme dans le bâtiment en France entre 1919 et 1939, Paris 2000 (unveröffentlichter *mémoire de maîtrise*). Die folgenden Schilderungen beruhen auf diesen Werken Ochandianos, sowie auf der Zeitung des *Cartel*, »L'Effort«, zu finden in den Archives départementales du Rhône (ADR), PER 307/1–3. Vgl. auch WEBER, Gescheiterte Sozialpartnerschaft (wie Anm. 8), S. 449.

13 Siehe zum Syndikalismus, um nur zwei Beispiele zu nennen, Jacques JULLIARD, *Autonomie ouvrière. Études sur le syndicalisme d'action directe*, Paris 1988; Kathryn E. AMDUR, *La tradition révolutionnaire entre syndicalisme et communisme dans la France de l'entre-deux-guerres*, in: *Le Mouvement social* 129 (1987), S. 27–50.

14 Siehe Archives départementales Seine-Saint-Denis (ADSSD) 3 Mi 6/72 Séquence 486.

15 Siehe zu den *délégués* und *roulantes* OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 75–82, Roger TISSOT, *La roulante. Chronique d'une grève assassinée (Lignes de force)*, Lyon 1995, sowie L'Effort, 7.5.1932, »Aux délégués du chantier«.

Lohn als Solidaritätsabgabe zu bezahlen, sie verprügelte und schließlich auf den Index setzte, so dass sie auf Lyons Baustellen keine Arbeit mehr finden konnten. Auf der anderen Seite kam es zu relativ wenigen Gewalttaten gegenüber Arbeitgebern, mit denen selbst im Falle eines Streiks immer verhandelt wurde. Die gleichzeitig pragmatische Vorgehensweise des Cartel zeigte sich etwa daran, dass er Verträge mit einzelnen Arbeitgebern abschloss, um so ein Loch in die Front der *patrons* zu reißen¹⁶. Dieser Pragmatismus wurde nicht zuletzt durch die Politikferne des Cartel ermöglicht, worin ein drittes Element seiner Stärke bestand, wie insbesondere der Vergleich mit der kommunistischen Partei zeigt. Gegenüber allen Versuchen des PCF, den Cartel zu übernehmen und zu einem radikaleren und kompromissloseren Vorgehen zu veranlassen, gelang es diesem, seine Unabhängigkeit zu verteidigen, wobei es Anfang der 1930er Jahre zu teils blutigen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppierungen kam¹⁷. Interne politische Konflikte, wie sie etwa die Arbeiterbewegung in Deutschland prägten, konnten so vermieden werden.

Dem Cartel stand eine vergleichsweise schwache kommunistische Partei in Lyon gegenüber. Ein interner Parteibericht etwa vermerkt, dass die Partei zwischen 1929 und 1931 etwa 35% ihrer nur 700 Mitglieder verlor, während die kommunistische CGTU, deutlich stärker als die Partei selbst, 5000 Abgänge zu verzeichnen hatte und nur noch 6462 Mitglieder umfasste – in allen Branchen, wohlgemerkt¹⁸. Zwar existierte auch in Frankreich das Ideal einer ›bolschewisierten‹, zentral von Paris aus gelenkten Partei, in der Praxis jedoch sah sich die PCF ähnlichen Problemen gegenüber wie die deutsche KPD¹⁹. Beiden Parteien war gemein, dass sie politischen gegenüber rein sozialen oder ökonomischen Auseinandersetzungen eine Priorität einräumten, dabei jedoch auf den Widerstand ihrer überaus eigensinnigen Mitglieder trafen. Ein Beispiel hierfür liefert ein Streik bei den Straßenbahnen, wo der PCF eine relativ starke Position hatte, im Dezember 1930²⁰.

Ausgangspunkt des Streiks war die Entlassung eines Arbeiters, die bereits sechs Monate zurücklag, wobei unklar bleibt, warum die Arbeiter erst mit solcher zeitlichen Verzögerung in Aktion traten. Als die Betriebsleitung auf ihre Forderung nach

16 Zu Streiks siehe allgemein OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 122–131. Zu den *tribunaux syndicaux* siehe *ibid.*, S. 83–85.

17 Siehe zu diesen Konflikten L'Effort, 2.1.1932, 23.1.1932, 2.4.1932, et passim, sowie ADR 10M465. Siehe ebenso Albert FAU, *Maçons au pied du mur. Chronique de 30 années d'action syndicale*, Lyon 1989, S. 112–114, 117f; OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 51.

18 Siehe ADSSD 3 Mi 6/72 Séquence 486. Demgegenüber nennt Keith Mann die Zahl von 1500 Mitgliedern für die gesamte Zeit vor der Volksfront, ohne aber die internen Archive des PCF konsultiert zu haben, s. MANN, *Forging Political Identities* (wie Anm. 10), S. 148.

19 Zum Parti communiste français, siehe, um nur eine kleine Auswahl der Literatur zu nennen, Jean-Paul BRUNET, *Histoire du Parti communiste français, 1920–1986*, Paris 1987; Jacques FAUVET, *Histoire du Parti communiste français, 1920–1976*, Paris 1977; Annie FOURCAUT, *Bobigny, banlieue rouge*, Paris 1986. Zu Lyon, siehe insbesondere Henri OLIVIERI, *Un aspect de la bolchévisation du Parti communiste. L'implantation des cellules d'usines à Lyon de 1924 à 1929*, Lyon 1995 (unveröffentlichter *mémoire de maîtrise*). Dieser vertritt allerdings eine kaum haltbare These der erfolgreichen Bolschewisierung des lokalen PCF. Zur Situation in Deutschland siehe Klaus-Michael MALLMANN, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

20 Zu diesem Streik, siehe ADR 10M466, sowie, für interne Quellen des PCF, ADSSD 3 Mi 6/62 Séquence 412.

dessen Wiedereinstellung nicht einging, traten etwa 2000 Arbeiter und Fahrer am 16. Dezember 1930 in Streik, wobei der Fahrbetrieb allerdings mit Hilfe der Kontrolleure aufrecht erhalten werden konnte. Ursprünglich sollte der Streik nur 24 Stunden dauern, aber als die Betriebsleitung nicht nachgab, beschlossen die Arbeiter, weiter zu streiken. Gleichwohl, nach nur wenigen Tagen brach der Streik erfolglos zusammen, zum einen, weil Maßnahmen der Betriebsleitung, die etwa vierzig Arbeiter entließ, den Streikwillen der Arbeiter brachen, zum anderen, so der Bericht des Präfekten, weil die Arbeiter einschließlich der Kommunisten in der Streikleitung sich weigerten, den Anweisungen der kommunistischen Parteizentrale zu folgen. An dieser »Befehlsverweigerung« zeigt sich, wie schwach die Kontrolle des PCF über ihre Mitglieder war.

Das grundlegende Problem war, wie Parteisekretär Dupain in seinem Bericht an die Parteizentrale in Paris ausführte, dass die Genossen bei den Straßenbahnen die politische Bedeutung des Konflikts nicht verstanden hatten. Sie sahen nicht, dass es sich um einen Konflikt mit den *pouvoirs publics* handelte, die gemeinsam mit der Straßenbahndirektion gegen die Arbeiter vorgehen würden. Dementsprechend zogen die Straßenbahner, auch die dortigen Kommunisten, die falschen taktischen Schlussfolgerungen. Anstatt sich auf einen langen unbefristeten Streik (*grève illimitée*) vorzubereiten und diesen zu radikalisieren, sandten sie eine Delegation zum Rathaus in der falschen Hoffnung, der Bürgermeister würde in ihrem Sinne intervenieren. Stattdessen hätten Streikposten eingerichtet werden müssen um die Streikbrucharbeit der Kontrolleure zu verhindern. Die politische Bedeutung des Streiks zu erkennen hätte also in praktischer Hinsicht dessen Radikalisierung bedeutet.

Noch gravierender aber wog der Vorwurf, die Genossen vor Ort hätten die Anweisungen der Parteiführung schlicht ignoriert. Zweimal waren die Kommunisten im Betrieb vom Parteisekretär zum Rapport einbestellt worden, doch niemand war erschienen. Hintergrund war wohl, dass die *unitaires* im Betrieb eine Einheitsfront mit den Reformisten anstrebten und fürchteten, dass eine Einmischung der Partei diese zunichte machen würde. So hieß es in dem Bericht des Parteisekretärs: »Les cellules ne se réunirent pas, on sentait que la direction du syndicat se refusait à tout contact avec le parti, refusant à plusieurs reprises de se réunir pour examiner la situation et envisager les mesures, en accord avec les responsables du parti«²¹. Die Partei hatte gar ein Flugblatt zur Situation vorbereitet, aber die Genossen im Betrieb weigerten sich, es zu verteilen. Eine effektive Kontrolle über ihre Betriebszellen konnte die Parteiführung offensichtlich nicht ausüben. Verglichen mit dem Cartel gelang dem PCF keinerlei vergleichbar erfolgreiche Integration seiner Anhänger. Damit stand in Lyon dem starken apolitischen Cartel eine äußerst schwache politische, das heißt vor allem kommunistische Arbeiterbewegung gegenüber, weshalb es auch kaum verwundert, dass kommunistische Versuche, den Cartel zu übernehmen, scheiterten. Dies war die Ausgangssituation vor der Volksfront.

Bereits im September 1933 war ein erstes Anzeichen auszumachen, dass sich die Lage änderte. Der rechtsextreme Parti social-national hatte eine Versammlung in der Mairie des 6. Arrondissements geplant²². Obwohl die Versammlung in letzter Minute

21 ADSSD, 3 Mi 6/62 Séquence 412, Brief vom 19.12.1930.

22 Siehe L'Effort, 23.9.1933, und La Voix du peuple, 30.9.1933.

abgesagt worden war, hatten sich zwischen drei- und vierhundert Arbeiter aller Richtungen – *autonomes, unitaires, communistes, socialistes, sans-partis* – vor der Mairie versammelt, »décidés à démontrer aux jaloux des lauriers d’Hitler, que le prolétariat français n’était pas encore mûr pour une pareille monstruosité«, so die Zeitung des Cartel »L’Effort«²³. Da die Türen der Mairie verschlossen blieben, zogen die Arbeiter zur Bourse du travail, wo der Sozialist Vacheron eine Rede hielt. Seiner Auffassung nach waren es »les syndicats qui sont le mieux placés pour lutter contre le fascisme. Les partis politiques luttant tous pour avoir le pouvoir, sont obligés en cela d’avoir une politique nationale que les syndicats n’ont pas, puisqu’ils luttent pour la défense des intérêts directs des travailleurs. Aussi c’est en renforçant les syndicats et non en les détruisant que nous combattons le mieux le fascisme«²⁴.

Diese eindeutig gegen die Kommunisten gerichtete Aussage rief erwartungsgemäß heftigen Widerspruch hervor. Deren Vertreter Rochet betonte, dass es in der Tat die Aufgabe der Gewerkschaften sei, gegen den Faschismus zu kämpfen, aber dass dies nur »sur le terrain de la lutte des classes« geschehen könne, »et ceci en collaboration avec le parti du prolétariat: le parti communiste«²⁵. Die deutschen Kommunisten gaben hierfür ein leuchtendes und mutiges Beispiel. Hier wird eine entscheidende Differenz deutlich: Während Kommunisten den Kampf gegen die »Faschisten« als eine genuin *politische* Aufgabe betrachteten, vertraten Sozialisten und auch Anhänger des Cartel autonome eine gegenteilige Auffassung. Aus kommunistischer Sicht war es vor allem Aufgabe der Parteien den Kampf gegen den Faschismus anzuführen, während Sozialisten und Autonome dies den Gewerkschaften überlassen wollten. Trotz dieser Differenzen, und auch wenn es im September 1933 noch nicht zu einer Einheitsfront der Arbeiterbewegung kam: Es ist ein allgemeiner Wunsch nach Einheit zu verspüren, gespeist nicht zuletzt aus der Erfahrung der Niederlage der gespaltenen deutschen Arbeiterbewegung.

Mobilisierung und Politisierung: 1934 bis 1936

Wie in ganz Frankreich kam es nach den blutigen Ausschreitungen bei der Demonstration der rechtsextremen Ligen am 6. Februar 1934 in Paris auch in Lyon, wo es im Januar ebenfalls rechte Demonstrationen gegeben hatte, zu Protestdemonstrationen der Linken. Schon am 6. Februar kam es zu vereinzelt Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten in der Innenstadt, die sich in den folgenden Tagen wiederholten²⁶. Während am 12. Februar in Lyon wie im Rest des Landes ein Gene-

23 L’Effort, 23.9.1933. Diese Rhetorik wirft die Frage nach externen Einflüssen, etwa die Reaktion auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland, den kurzen Bürgerkrieg in Österreich oder, insbesondere, den spanischen Bürgerkrieg auf. Grundsätzlich würde ich die Bedeutung der ersten beiden Ereignisse für die *lokalen* Mobilisierungsdynamiken eher gering einschätzen. Sie spielten sicherlich eine eminent wichtige Rolle für die Strategiewechsel der Komintern in Moskau. Auf die lokale Mobilisierung zur Unterstützung Spaniens kann in diesem Aufsatz leider nicht eingegangen werden, siehe hierzu Philippe VIDELIER, 1936–39. La solidarité déchirée à l’Espagne républicaine, in: Gavroche. Revue d’histoire populaire 20 (1985), S. 18–23.

24 L’Effort, 23.9.1933.

25 La Voix du peuple, 30.9.1933.

26 Zu den Ausschreitungen siehe die bereits zitierte Literatur zur Volksfront, sowie Serge BER-

ralstreik stattfand, wurde in Lyon schon am 11. Februar eine von Kommunisten und Sozialisten gemeinsam veranstaltete Protestdemonstration durchgeführt, an der sich etwa 25 000 Personen beteiligten. Dabei gab die Demonstration ein zwiespältiges Bild ab. Während in den vorderen, von Sozialisten dominierten Reihen Rufe wie »Liberté« oder »Quarante heures« dominierten, konnte man in den hinteren, kommunistischen Reihen »Les soviets, les soviets« hören; überall jedoch wurde die Internationale gesungen²⁷. In den folgenden Wochen kam es dann zur Gründung verschiedener *comités antifascistes* in Lyon und den Vororten der Stadt, an denen sich Kommunisten und Sozialisten in unterschiedlichen Konstellationen beteiligten, ohne dass es zunächst zu einem formalen Abkommen zwischen beiden Parteien gekommen wäre²⁸.

Ein frühes Beispiel hierfür stellt der Comité de lutte antifasciste im Vorort Villeurbanne dar, gegründet bereits am 2. März 1934, an dem sich neben Kommunisten und Sozialisten auch Mitglieder der Ligue des droits de l'homme, des Cartel du bâtiment, der *associations de chômeurs*, sowie anderer *syndicats confédérés* wie auch *unitaires* beteiligten, was umso überraschender ist, als Kommunisten in Villeurbanne heftig gegen den dortigen sozialistischen Bürgermeister Goujon agitierten. Das Comité begann bald, in den Stadtvierteln Villeurbannes Versammlungen abzuhalten, die von teils mehreren Hundert Anwohnern besucht wurden²⁹. In anderen Vororten wie Vénissieux oder Caluire, ebenso wie in Lyon selbst, vollzog sich in der Folgezeit eine ähnliche Entwicklung, wobei die genaue Zusammensetzung der Verbände variierte. Auch diese entwickelten eine rege Agitationstätigkeit in ihren Vierteln³⁰.

Gleichzeitig kam es zu zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten auf den Straßen und Plätzen Lyons³¹. Im April und Mai berichtete die kommunistische Wochenzeitung »Voix du peuple« beinahe in jeder Ausgabe von solchen Konflikten. Drei Beispiele mögen zur Illustration genügen. Zunächst kam es am 28. April in Givors zu Ausschreitungen zwischen etwa 150 Besuchern einer faschistischen Versammlung, so die Zeitung, und rund 2000 Gegendemonstranten. Am 12. Mai kam es dann auf einer Veranstaltung des Parti socialiste de France – Neosozialisten, aus Sicht der Kommunisten »purement fasciste« – zu einer

STEIN, Le 6 février 1934, Paris 1975; Pierre PELLISSIER, 6 février 1934. La République en flammes. Une journée dans l'histoire, Paris 2000. Zu Lyon, siehe Arnaud FAUVET-MESSAT, Extrême droite et antifascisme à Lyon: autour du 6 février 1934, Lyon 1996 (unveröffentlichter *mémoire de maîtrise*), S. 73–87, MOISSONNIER, Le mouvement ouvrier (wie Anm. 1), S. 226f. Siehe weiterhin ADR 4M235, und 10M470, CGTU – Organisation d'une grève générale à la fin du mois de mars, sowie Lyon républicain, 8.2.–12.2.1934, La Voix du peuple, 10.2. und 17.2.1934 sowie L'Avenir socialiste, 10.2. und 17.2.1934.

27 Siehe ADR 4M235 und 10M470 sowie die bereits zitierten Quellen, und insbesondere MOISSONNIER, Le mouvement ouvrier (wie Anm. 1), S. 234–236.

28 Siehe hierzu vor allem Berichte in La Voix du peuple und L'Avenir socialiste im Februar, März und April 1934.

29 FAUVET-MESSAT, Extrême droite (wie Anm. 26), S. 167f.

30 Siehe zu allen drei *comités*, MOISSONNIER, Le mouvement ouvrier (wie Anm. 1), S. 249. Dieser bezieht sich auf »L'Avenir socialiste«, 6.4.1934; siehe auch L'Avenir socialiste, 13.4.1934. Siehe grundsätzlich FAUVET-MESSAT, Extrême droite (wie Anm. 26), S. 165–171.

31 Zur Gewalt in den Straßen Lyons siehe neben den genannten Zeitungen vor allem ADR 4M235, sowie FAUVET-MESSAT, Extrême droite (wie Anm. 26), S. 165–171.

regelrechten Saalschlacht. Ein tödlicher Zwischenfall trug sich schließlich am 19. Juni im Arbeiterviertel Perrache zu, wo eine Demonstration von etwa 1000 Linken gegen eine Versammlung des Front national in Ausschreitungen mit der Polizei mündete, bei denen der junge Bauarbeiter Louis Juston so schwer verwundet wurde, dass er wenige Tage darauf verstarb³².

Vergleichen wir die Mobilisierung der Arbeiterbewegung vor und nach 1934, so lässt sich erstens festhalten, dass sich, im Wortsinne, das Terrain der Auseinandersetzungen und damit auch der Mobilisierungen gewandelt hatte. Konstituierte sich die Arbeiterbewegung vor 1934 vor allem am Arbeitsplatz, das heißt, auf Baustellen, so hatte dieser für die Mobilisierung im Frühjahr 1934 entscheidend an Bedeutung verloren. Nun spielte sich die Mobilisierung im Rahmen von Stadtvierteln ab, wobei Berufszugehörigkeiten nur noch eine untergeordnete Rolle zukam. Während sich die Mobilisierung in lokale Versammlungsstätten verlagerte, fanden die Auseinandersetzungen auf den Straßen und Plätzen der Stadt statt.

Parallel zu diesem Terrainwandel erlebte die kommunistische Partei einen rapiden Aufschwung. Innerhalb eines Jahres stieg die Anzahl der kommunistischen Sektionen (*rayons*) von sechs auf neun, während die kommunistischen Zellen von 74 auf 102 wuchsen, darunter 12 Betriebszellen, so ein interner PCF-Bericht. Insgesamt habe, so der Bericht, die Mitgliedsstärke um 50% zugenommen; allein in Villeurbanne konnten 1000 neue Mitglieder gewonnen werden³³. Auch im Cartel autonome du bâtiment konnte eine kommunistische Fraktion im Laufe des Jahres 1935 nach teils gewaltsamen Auseinandersetzungen die Vorherrschaft erringen. Alte, syndikalistische Ideen autonomer Gewerkschaften hatten massiv an Anziehungskraft eingebüßt, während die Kommunistische Partei für viele Arbeiter, nicht nur im Baugewerbe, attraktiv wurde³⁴. Wie ist dieser Aufstieg der Kommunistischen Partei zu erklären, insbesondere innerhalb des Cartel, wo bislang anti-politische Kräfte dominiert hatten, die sich in den Vorjahren teils gewaltsame Auseinandersetzungen mit Kommunisten geliefert hatten?

Die Ereignisse im Februar 1934 veränderten den Kontext, in dem die Arbeiterbewegung agierte, radikal. Lokal begrenzte Konflikte zwischen Arbeitern und Arbeitgebern traten gegenüber der genuin politischen ›Bedrohung‹ der Republik als Ganzes zurück. Antifaschismus stellte nun ein Banner dar, unter dem sich Arbeiter verschiedener Gewerkschaftsrichtungen, die sich vorher noch bis aufs Blut bekämpft hatten, vereinigen konnten. Der apolitische Ansatz des Cartel verlor damit an

32 Siehe zum ersten Vorfall La Voix du peuple, 5.5.1934, Lyon républicain, 29.4.1934, zum zweiten Vorfall La Voix du peuple, 19.5.1934, Lyon républicain, 13.5.1934, zum dritten Vorfall MOISSONNIER, Le mouvement ouvrier (wie Anm. 1), S.275. Siehe ebenso Lyon républicain, 20.6., 29.6., 2.7., 3.7.1934, La Voix du peuple, 30.6., 7.7.1934.

33 Siehe ADSSD 3 MI 6/117, Séquence 743, Bericht »État d'organisation au 15 Juin 1935«. Zum Aufstieg des PCF innerhalb der Gewerkschaften, siehe auch Sylvain BOULOUQUE, Les unitaires, le Front populaire et l'unité syndicale: mutations sociales, actions collectives et pragmatisme partisan, in: MORIN, RICHARD (dir.), Les deux France du Front populaire (wie Anm. 4), S.157–167.

34 OCHANDIANO, Formes syndicales (wie Anm. 1), S.152–154. Ochandiano bezieht sich bei der Schilderung des Konflikts vor allem auf die Zeitung »L'Effort«, wobei er zurecht betont, dass hier die Version der ›Sieger‹ des Konfliktes vorliegt, die Perspektive unterlegenen Seite sich aber nicht rekonstruieren lasse.

Attraktivität, während sich der PCF erfolgreich als maßgebliche antifaschistische Kraft präsentieren konnte³⁵. Hinzu kam, dass die Weltwirtschaftskrise nun auch Frankreich und das Baugewerbe in Lyon traf, wo die Situation 1934/35 durch die Beendigung einiger großer öffentlicher Bauprojekte verschärft wurde. Der Situation hilflos gegenüberstehend forderte der Cartel, entgegen seiner antietatistischen Ideologie, ein verstärktes Eingreifen des Staates³⁶. Auf lokaler Ebene extrem effektive Strategien, auf denen vor 1934 die Stärke des Cartel beruht hatte, versagten im Moment der generellen Krise. Kommunisten fiel es in dieser Situation leicht, auf ein »funktionierendes« Beispiel einer staatlich gelenkten Wirtschaft, die Sowjetunion, zu verweisen, die nicht den Risiken des Marktes ausgesetzt war. Damit wird ein entscheidender Unterschied zur Zeit vor 1934 deutlich. Mit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung war eine tiefgreifende Politisierung verbunden. Es wandelte sich also nicht nur das Terrain im wörtlichen, sondern auch im übertragenen Sinne, von einer *sozialen* Arbeiterbewegung, die sich am Arbeitsplatz konstituierte, zu einer *politischen* Arbeiterbewegung, die sich in Versammlungssälen und auf den Straßen konstituierte.

Wie lassen sich die massiven Sommerstreiks 1936 in diese Interpretation des Front populaire als *politischer* Bewegung integrieren³⁷? Gegenüber einer Sichtweise, die zwei fundamental voneinander getrennte Bewegungen sieht, soll hier argumentiert werden, dass erst die politische Mobilisierung im Frühjahr 1934 die Basis für die soziale Mobilisierung 1936 schuf. Es würde zu weit führen, hier eine umfassende Geschichte der Streiks und Fabrikbesetzungen in Lyon bieten zu wollen³⁸; stattdessen sollen einige Merkmale hervorgehoben werden, die nahelegen, wie sehr die Streikbewegung auf Erfahrungen der politischen Mobilisierung aufbaute.

Eine vielfach debattierte Frage betrifft den Einfluss der Kommunisten auf die Streiks. Zwar finden sich auch in Lyon keine Hinweise darauf, dass die Streikbewegung zentral von der Kommunistischen Partei geplant war, wohl aber erscheint es plausibel, dass Kommunisten im Angesicht der jüngsten Wahlerfolge ihrer Partei einen erheblichen Einfluss unter den Fabrikarbeitern hatten³⁹. Es ist in dieser Hinsicht

35 So hieß es in einem internen PCF Bericht vom 14.5.1935 nach den Gemeindewahlen (*élections municipales*), bei denen die Kommunisten deutlich zulegen konnten: »À Lyon comme dans toute la France, notre Parti apparaît comme le champion de la lutte anti-fasciste.«

36 OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 136.

37 Zu den Sommerstreiks in Frankreich siehe, neben der in den Anm. 1–4 bereits zitierten Literatur zur Volksfront, die Studie von Nicolas WALTER, *Les grèves de juin/juillet 1936 dans l'agglomération lyonnaise*, Lyon 1999 (unveröffentlichter *mémoire de maîtrise*).

38 Verglichen mit dem Rest Frankreichs begannen die Streiks in Lyon relativ spät: Zunächst kam es am 2. Juni 1936 nur in der kleinen Schmiede, der Fonderie Rivolliet, zu einem Streik; erst am 11. Juni, einem Zeitpunkt, zu dem die Matignon-Abkommen bereits unterschrieben waren, begannen sich weitere Belegschaften, insbesondere beim Autohersteller Berliet, der Streikbewegung anzuschließen. Ihren Höhepunkt erreichte sie im Juli, als insgesamt zwischen 50 000 und 55 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus allen Branchen in Lyon in den Streik getreten waren, wobei es wie in ganz Frankreich zu zahlreichen Fabrikbesetzungen kam.

39 Bei den Wahlen zur Assemblée nationale hatten die Kommunisten in Lyon und Umgebung, wie auch im Rest Frankreichs, beachtliche Erfolge erzielt. Verglichen mit den Wahlen 1932 stieg ihr Stimmenanteil von 7,24% auf 17,47%, was ihnen erstmals in Lyon zwei Sitze einbrachte, siehe FAURE, *Le Front populaire* (wie Anm. 9), S. 32.

bezeichnend, dass der erste größere Betrieb, der nach der kleinen Fonderie Rivollet von der Streikwelle erfasst wurde, der Autohersteller Berliet war, wo es eine starke kommunistische Präsenz gab⁴⁰. In diesem Sinne profitierte die Streikbewegung sicherlich von der politischen Mobilisierung der vorangegangenen Monate.

Wie sehr die Streikbewegung im Sommer 1936 von den während der politischen Mobilisierung gemachten Erfahrungen profitierte, wird vor allem in den berühmten Fabrikbesetzungen klar, die, entgegen dem verbreiteten Bild einer gegenüber der Umwelt abgeschlossenen Fabrik, auf die Unterstützung der Bevölkerung im Viertel angewiesen waren, wie Nicolas Walter in seiner ausgezeichneten Studie über die Streiks in Lyon betont: »L'image de l'usine, lieu clos, refermé sur lui-même est fausse parce qu'elle maque les liens nécessaires qui se tissent entre l'intérieur et l'extérieur, l'ouverture exceptionnelle de l'usine sur le quartier«⁴¹. Nur durch vielfältige Verbindungen mit dem *quartier* konnten die Fabrikbesetzungen funktionieren. Bäckereien, Metzgereien oder kleine Lebensmittelgeschäfte im Viertel etwa unterstützten die streikenden Arbeiter, wenn auch auf Kredit, in der Hoffnung, dass auch sie von steigenden Löhnen profitieren würden. Im Arbeitervorort Vénissieux erklärten sich die Kaufleute »solidaires des petits contre les gros«⁴². Doch auch die Anwohnerinnen der Viertel unterstützten die streikenden Arbeiter. So hieß es im linksgerichteten »Lyon républicain« vom 12. Juni 1936: »Le ravitaillement s'organisa rapidement, et toute la soirée on vit de longues queues de femmes se dirigeant vers l'usine pour y apporter des vivres... et des jeux de cartes ou des boules«⁴³.

Die enge Verbindung von streikenden Arbeitern und ihrem Viertel kommt schließlich in den Solidaritätsdemonstrationen zum Ausdruck. Zwar wagten es die Arbeiter in besetzten Fabriken selten, diese für eine Demonstration zu verlassen, was jene »merkwürdige Ruhe« in den Straßen der Stadt während der Streikwelle erklärt, aber nach erfolgreicher Beendigung der Streiks und Besetzungen kam es oftmals zu Demonstrationen. Auf diesen Demonstrationen, »visites de courtoise« im Viertel, so Walter, versammelten sich weder Arbeiter eines spezifischen Gewerbes, noch einfach nicht-streikende Arbeiter, sondern

»des non-grévistes *du quartier* déjà vainqueurs grâce à l'occupation ou à la menace de recours à l'occupation, des travailleurs qui prennent plaisir à arpenter des rues familières pour soutenir des occupants qui ne sont pas des inconnus, mais des camarades bien connus. Quand l'usine lutte, c'est le quartier tout entier qui lutte avec elle, les familles des occupants, évidemment, mais aussi les commerçants et tous les travailleurs qui considèrent cette lutte comme la leur«⁴⁴.

So zeigten siegreiche Arbeiter aus dem *quartier* ihre Unterstützung für ihre streikenden Nachbarn und dankten gleichzeitig dem Viertel seinerseits für die Unter-

40 Siehe WALTER, *Les grèves de juin/juillet* (wie Anm. 37), insbesondere S. 68–73, 110 mit Zahlen. Siehe ebenso die Berichte der Präfektur in ADR 4M236.

41 WALTER, *Les grèves de juin/juillet* (wie Anm. 37), S. 126.

42 *Ibid.*, S. 140f.

43 *Lyon républicain*, 12.6.1936.

44 WALTER, *Les grèves de juin/juillet* (wie Anm. 37), S. 143, Hervorhebung vom Verfasser.

stützung während des Streiks. Noch einmal Walter: »À Vaise et à Gerland, les manifestants n'ont pas de but défini. Ils arpentent les rues sans plan établi, simplement pour occuper l'espace, pour crier leur victoire à ce quartier solidaire«⁴⁵.

Verglichen mit den Streiks im Baugewerbe vor 1934, die sich voll und ganz auf den Arbeitsplatz selbst konzentrierten, ist in der Einbeziehung der Viertel, auch über Gewerbegrenzen hinweg, eine entscheidende Neuerung zu sehen. Hier kamen, so lässt sich vermuten, die *politischen* Mobilisierungserfolge zum Tragen. Auch wenn dieses Argument insofern spekulativ bleiben muss, als dass sich nicht exakt feststellen lässt, ob die gleichen Akteure an der politischen wie auch an der *sozialen* Mobilisierung der *quartiers* beteiligt waren, so fällt doch auf, dass in beiden Fällen gesamte Viertel mobilisiert wurden. Werden einzig die Ziele der politischen wie der sozialen Bewegung in den Blick genommen, so scheinen diese wenig miteinander zu tun zu haben, ging es doch einmal darum, die zumindest wahrgenommene Gefahr des Faschismus abzuwenden, das andere Mal um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Analysiert man diese beiden Bewegungen jedoch im lokalen Rahmen aus praxeologischer Perspektive, das heißt, wird nach spezifischen Praktiken und Räumen der Mobilisierung gefragt⁴⁶, so deutet sich an, wie eng beide miteinander verbunden waren. Im Sommer 1936 konnte gleichsam auf Erfahrung und Praktiken aus der politischen Mobilisierung, die das gesamte Viertel umfasste, zurückgegriffen werden. Hier ist ein Nexus zwischen politischer und sozialer Mobilisierung zu sehen. Beide Bewegungen getrennt zu betrachten, hieße, entscheidende Momente der Dynamik des Front populaire zu verkennen.

In diesem Sinne lässt sich argumentieren, dass die Politisierung im Gefolge der Februarereignisse die »soziale Explosion« (Julian Jackson) ermöglichte. Gleichwohl ist dies nur ein Teil der Dynamik. Auf der anderen Seite brachte die Politisierung auch eine Radikalisierung sozialer Konflikte mit sich, was ihre Lösung erheblich erschwerte. Der Sommerstreik im Baugewerbe kann hierfür als ein erstes Beispiel dienen. Erst im Frühjahr 1936 hatte es einen Streik der Maurer gegeben, durch den immerhin schärfere Lohnbußen verhindert werden konnten. Im Sommer verlangten die Bauarbeiter nun, dass die Matignon-Abkommen, die eine Lohnerhöhung von 7–12% bedeutet hätten, auch in ihrem Gewerbe zur Anwendung kommen sollten, was die Arbeitgeber, die nur 5% mehr Lohn boten, ablehnten. In dieser Situation entschlossen sich die Bauarbeiter zum Generalstreik, der vom 19. bis zum 28. Juli dauerte. Da sich die Arbeitgeberseite unter Rousseau weigerte, mit den radikalisierten und politisierten Arbeitern in Verhandlungen zu treten, bedurfte es des Eingreifens der Regierung in Paris und der Einsetzung eines Schlichters, um die Matignon-Abkommen auch im Baugewerbe durchzusetzen. Zuvor jedoch kam es zu scharfen Konflikten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Arbeiter hatten nicht nur Baustellen besetzt und dort vielfach die Rote Fahne gehisst, sondern ebenso den Sitz der Chambre patronale umzingelt, wo nach der Intervention der Regierung Verhand-

45 Ibid., S. 151.

46 Diese praxeologische Perspektive ist angeregt durch die Arbeiten von Sven Reichardt, siehe etwa Sven REICHARDT, Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs, in: Karl H. HÖRNING, Julia REUTER (Hg.), Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis, Bielefeld 2004, S. 129–153.

lungen stattfinden sollten, und somit die Arbeitgeberdelegation *de facto* als Geisel genommen; zusätzlich hatten sie auch dort die Rote Fahne gehisst, eine Demütigung für die Arbeitgeber⁴⁷. Der Konflikt zwischen Arbeitern und *patrons* hatte somit eine politische Dimension gewonnen, der nicht nur Kompromissfindungen erschwerte, sondern, wie im abschließenden Teil dieses Aufsatzes zu zeigen sein wird, letztendlich auch die Bauarbeiterbewegung ihrer Macht beraubte.

Radikalisierung und Zerfall: 1936 bis 1938

Der Sommer 1936 markierte den Höhepunkt der Volksfront in Frankreich, bedeutete aber nicht das Ende sozialer und politischer Konflikte, die im Gegenteil eher zuzunehmen und an Schärfe gewannen. So kam es einerseits zu neuen Streiks, die schnell jenen festlichen Charakter verloren, der die Sommerstreiks charakterisiert hatte, und andererseits zu neuer politischer Gewalt, bei der es teils sogar Tote zu beklagen gab⁴⁸. Auf nationaler Ebene scheiterte die erste Regierung Léon Blums im Frühjahr 1937, und auch eine zweite Amtszeit Blums im März 1938 war nur von kurzer Dauer. Ihm folgte bereits im April Édouard Daladier, der, angesichts der wachsenden Kriegsgefahr, Frankreich wieder »zum Arbeiten« bringen wollte, wie er in einer Radioansprache am 21. August 1938 verkündete. Konkret sollte dies das Ende der 40-Stunden-Woche, einer der Errungenschaften des Sommers 1936, bedeuten⁴⁹. Spätestens im Sommer 1938 befand sich die Arbeiterbewegung in der Defensive; das endgültige Ende der Volksfront markierte schließlich der gescheiterte Generalstreik am 30. November 1938, in dessen Folge zahlreiche aktive Mitglieder (*militants*) ihre Stellen verloren und die Gewerkschaften aus den Betrieben gedrängt wurden⁵⁰.

47 Zum Generalstreik im Baugewerbe siehe OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 161–166.

48 Am 19. September 1936 etwa kam es bei einer kommunistischen Veranstaltung in der Nachbarstadt Vienne zu einem tödlichen Zwischenfall, siehe MOISSONNIER, *Le mouvement ouvrier* (wie Anm. 1), S. 634–636. Weiterhin wurde im August 1937 der kommunistische spanische Arbeiter Joseph Antoine Fuentès von seinem Nachbarn Édouard Louis Pallier erschossen, aus Sicht der Linken aus politischen Motiven, siehe Lyon républicain, 17.8.1937, sowie die Berichte der Präfektur in ADR 4M236. Die politische Rechte, vor allem dem Parti social français, geführt von Colonel de la Rocque und aus den aufgelösten Croix-de-Feu hervorgegangen, reorganisierte sich ebenfalls. Die Angaben zur nationalen Stärke des PSF schwanken zwischen 600 000 (Bourdé) und 1,2 Millionen (Richard) Mitgliedern, sind aber in jedem Fall beachtlich. Siehe hierzu Guy BOURDÉ, *La défaite du Front populaire*, Paris 1977, S. 39f; Gilles RICHARD, *Les droites contre le Front populaire. Essai de bilan des recherches depuis dix ans*, in: MORIN, RICHARD (Hg.), *Les deux France du Front populaire* (wie Anm. 4), S. 62–73, hier S. 68. Zum PSF und der französischen Rechten generell, siehe Jean-Paul THOMAS, *Le Parti social français. Élément majeur d'une refonte du système de contrôle politique des droites à la fin des années trente?*, in: MORIN, RICHARD (Hg.), *Les deux France du Front populaire* (wie Anm. 4), S. 127–136; Kevin PASSMORE, *Boy Scouting for Grown-Ups? Paramilitarism in the Croix de Feu and the Parti Social Français*, in: *French Historical Studies* 19 (1995), S. 527–557; DERS., *From Liberalism to Fascism* (wie Anm. 9); Sean KENNEDY, *Reconciling France against Democracy. The Croix de Feu and the Parti Social Français, 1927–1945*, London 2007.

49 Siehe insbesondere BOURDÉ, *La défaite du Front populaire* (wie Anm. 48), S. 89–94.

50 Zu diesem Generalstreik siehe *ibid.*, Kapitel 8; PROST, *Autour du Front populaire* (wie Anm. 1), Kapitel 4. Zu Lyon, siehe ADR 4M236, Bericht vom Dezember 1938. Laut Präfekt folgten etwa

Wie ist dieser rapide Zerfall nach den spektakulären Höhepunkten im Sommer 1936 zu erklären? In der Historiographie, die sich grundsätzlich eher den Erfolgen als dem Scheitern des *Front populaire* widmet, wird auf verschiedene Faktoren verwiesen. So notiert Guy Bourdé, dass es den drei Parteien der Volksfront stets um unterschiedliche Ziele ging: Während Sozialisten ihr Reformprogramm verwirklichen wollten, stand die Verteidigung der Republik und ihrer Institutionen im Fokus der Radikalen; die Kommunisten schließlich wollten vor allem eine weitere faschistische Diktatur verhindern. Diese Widersprüche, so Bourdé, traten nach den Wahlerfolgen offen hervor. Hinzu kamen die wirtschaftlichen Probleme, die auch die Regierung Blum nicht in den Griff bekommen konnte – stattdessen kam es zu einer massiven Inflation, die schnell die Einkommenssteigerungen vom Sommer 1936 zunichtemachte – sowie die sich zuspitzende internationale Krise, die weitere Belastungsproben für die Volksfront darstellten⁵¹.

Gleichwohl, so wichtig diese Entwicklungen auf der nationalen Ebene sicherlich sind, so vernachlässigen sie doch die Entwicklungen an der Basis. Dies ist nicht zuletzt deshalb problematisch, weil ihr in Hinblick auf den Erfolg der Volksfront eine derart zentrale Bedeutung zugeschrieben wird. Daher soll im Folgenden zunächst gezeigt werden, dass es auch an der Basis zu einer Demobilisierung der Volksfront kam, und sodann Elemente einer Erklärung hierfür angeboten werden.

Nimmt man allein Mitgliedszahlen zur Hand, so mag der Eindruck einer massiv erstarkten Arbeiterbewegung entstehen. Der PCF hatte etwa nach eigenen Angaben im November 1937 in der gesamten Rhône-Ain-Region etwa 7000 Mitglieder, verglichen mit 2400 Ende 1934; allein in Villeurbanne existierten zu diesem Zeitpunkt 52 Betriebszellen mit etwa 1500 Mitgliedern⁵². Auch die wiedervereinigte CGT wuchs rasant, in der Rhône-Region von 35 000 1935 auf etwa 200 000 Mitglieder 1937⁵³. Vormalige *unitaires*, das heißt, Kommunisten, beherrschten die Gewerkschaften in der Metall-, Textil- und Chemieindustrie, während reformistisch orientierte ehemalige *confédérés* den öffentlichen Sektor dominierten⁵⁴.

Aus diesen Zahlen eine Stärke herauszulesen wäre allerdings voreilig. Wirft man einen Blick hinter die Zahlen, so werden interne Konflikte und Bruchlinien in den Gewerkschaften deutlich. Die Polizeiberichte, auch wenn sie mit einiger Vorsicht zu lesen sind, sprechen diesbezüglich eine eindeutige Sprache⁵⁵. Bereits im Oktober 1936 bemerkte ein Bericht, dass »nombre de jeunes syndiqués ou plutôt de syndiqués nouveaux, semblent maintenant vouloir rejeter les conseils même de la CGT«. Etwa ein Jahr später hatte sich die Situation weiter verschlechtert: »L'état d'esprit de la

22,5% der Arbeiter dem Streikaufruf. In der Folgezeit verlor insbesondere der PCF massiv an Einfluss und Stärke.

51 Siehe BOURDÉ, *La défaite du Front populaire* (wie Anm. 48), S. 9–14.

52 Siehe Lyon républicain, 5.10.1937, sowie MOISSONNIER, *Le mouvement ouvrier* (wie Anm. 1), S. 546–548. Dort finden sich auch weitere Zahlen.

53 Siehe *ibid.*, S. 544.

54 Siehe *ibid.*, S. 539. Ähnliche Tendenzen lassen sich in ganz Frankreich feststellen, siehe PROST, *Autour du Front populaire* (wie Anm. 1), Kapitel 6.

55 Mit Ausnahme des Baugewerbes finden sich in Lyon leider keine detaillierten internen Gewerkschaftsakten, weshalb hier vor allem auf Polizeiberichte zurückgegriffen werden muss. Alle folgenden Berichte finden sich in ADR 4M236.

masse ouvrière est assez confus et incertain. À certains indices, il semble que les organisations ouvrières n'ont plus la même confiance dans leurs chefs, la même volonté d'action, le même «dynamisme» que l'an dernier«. Im November 1937 wurde diese Aussage konkretisiert: »Les syndiqués de formation récente, recrutés en 1936, acceptent mal la discipline et se montrent mécontents de l'action des responsables«. Allem Anschein nach war es, entgegen der Auffassung von Nicolas Walter⁵⁶, den Arbeiterorganisationen nicht gelungen, die Masse der neuen Mitglieder erfolgreich zu integrieren. Weshalb? Zum einen führte der Aufstieg des PCF dazu, dass Konflikte um die Rolle von Politik in den Gewerkschaften nun verschärft innerhalb der Organisationen ausgetragen wurden; zum anderen führte die neue soziale Gesetzgebung, die unter anderem Arbeitskonflikte regulierte, dazu, dass alte Praktiken, die insbesondere im Baugewerbe zu einer Festigung des Milieus beigetragen hatten, verschwanden.

Kommunisten bemühten sich nach Kräften für ihre Ideen innerhalb der Gewerkschaften zu werben und ihren Einfluss dort auszubauen, was ihnen teils auch gelang, insbesondere im Syndicat des Métallos, wo sie viele der neu zu wählenden Fabrikdelegierten stellten⁵⁷. Dieser steigende Einfluss der Kommunisten führte jedoch zu neuen Konflikten, zumal die Differenzen um den Einfluss politischer Parteien innerhalb der Gewerkschaften, einer der Hauptstreitpunkte zwischen *unitaires* und *confédérés*, mit der Vereinigung von CGT und CGTU keineswegs beigelegt waren. In Villefranche, einem Nachbarort Lyons entschlossen sich beispielweise Friseure ein eigenes, von ihren Kollegen in Lyon unabhängiges Syndicat zu gründen. Zur Begründung hieß es, dass sie zwar mit ihren Kollegen aus Lyon kooperieren wollten, »mais nous ne voulons pas qu'on nous impose une école qui n'est pas la nôtre. Être organisés pour la défense de nos intérêts, oui! pour la politique d'un parti, non!«⁵⁸ Die Polizei bemerkte ähnliche Konflikte innerhalb anderer Gewerkschaften, insbesondere zwischen Anhängern der alten, »puristischen« Lehre, nach der Politiker in den Gewerkschaften nichts zu sagen haben sollten, und Kommunisten. So hieß es in dem bereits zitierten Bericht vom 27. November 1937: »Au sein des syndicats se produisent des luttes de tendances de plus en plus accentuées. Les dirigeants communistes y subissent les attaques des syndicalistes purs restés dans la CGT et, au dehors, celles des militants de la CGT-SR«⁵⁹. Als beispielsweise Marius Vivier-Merle, reformistischer Führer der CGT in Lyon, am 23. November 1937 auf einer Versammlung von Metallarbeitern sprechen sollte, wurde er so sehr niedergeschrien, dass er sich nicht Gehör verschaffen konnte⁶⁰. Selbst im Baugewerbe, wo Kommunisten in der Zwischenzeit erheblichen Einfluss gewonnen hatten, war die Rolle von Politik in der

56 Walter meint, die neuen Gewerkschaftsmitglieder hätten schnell und erfolgreich integriert werden können, vor allem durch Schulungen. Allerdings basiert diese Einschätzung vor allem auf Zeitungsartikeln, was aber nicht kritisch reflektiert wird, siehe WALTER, Les grèves de juin/juillet 1936 (wie Anm. 37), S. 231–240.

57 Siehe etwa ADR 4M236, Berichte vom 28.12.1937, 29.1.1938, 24.7.1938. Trotz kommunistischer Wahlerfolge bei den Delegiertenwahlen, so die Polizeiberichte, gelang es dem PCF nicht, die dortigen Arbeiter zum Streik zu bewegen.

58 MOISSONNIER, Le mouvement ouvrier (wie Anm. 1), S. 540, (leider ohne genaue Quellenangabe).

59 ADR 4M236, Bericht vom 29.11.1937.

60 Ibid.

Gewerkschaft eine der am heftigsten umstrittenen Fragen⁶¹. Die Reichweite des Politischen blieb umkämpft. In diesem Sinne hatte die Politisierung der Arbeiterbewegung eine spaltende Wirkung.

Darüber hinaus ist zur Erklärung des Zerfalls der Arbeiterbewegung auf die Effekte der neuen sozialen Gesetzgebung zu verweisen⁶². Diese regulierte und befriedigte zwar Arbeitskonflikte, indem sie etwa den Delegierten am Arbeitsplatz eine rechtlich gesicherte Stellung gab und bei Lohnkonflikten einen Vermittlungsprozess vorschrieb, trug damit jedoch gleichzeitig zur Erosion alter Praktiken bei, auf denen die Stärke der Arbeiterbewegung beruht hatte. Von den Arbeitern gewählte Delegierte, die die Rechte und Interessen der Arbeiter am Arbeitsplatz vertreten sollten, konnten etwa nicht wegen dieser Tätigkeiten entlassen werden, wohl aber wenn »individuelle« Gründe für eine Entlassung vorlagen. Es wird kaum verwundern, dass Arbeitgeber auch weiterhin versuchten, auf diesem Wege unliebsame Delegierte loszuwerden. Im Februar 1938 etwa hatte der Delegierte Maret, in der Firma Genoud in Villeurbanne beschäftigt, dagegen protestiert, dass einer Arbeiterin eine Anweisung gegeben wurde, die Maret für »abusive et inopportune« hielt (was genau dies war, erfahren wir leider nicht). Er hatte sodann seinen Arbeitsplatz verlassen, um seine Gewerkschaft zu informieren und dessen Vertreter zu Hilfe zu holen. Aus Sicht des Arbeitgebers verließ er damit jedoch ohne Erlaubnis seinen Arbeitsplatz, was ihm als persönliches Fehlverhalten anzulasten war, weshalb er fristlos entlassen wurde, eine Auffassung, der das Gericht folgte⁶³. Maret war kein Einzelfall: Immer wieder wurde Delegierten mit ähnlichen Begründungen gekündigt; Klagen der Gewerkschaften wurden in der Mehrzahl abgewiesen⁶⁴. Für das hier entwickelte Argument ist der Ausgang solcher Klagen gegen Kündigungen allerdings zweitrangig. Der Effekt war in jedem Fall, dass es nun nicht mehr, wie in Zeiten des Cartel, die Kollegen des Delegierten waren, die ihn notfalls mit einem Streik vor Kündigungen schützten, sondern Delegierte vor Gericht Schutz suchen mussten. Vor ihrer Legalisierung hatte sich die Macht der Delegierten einzig auf den Rückhalt ihrer Kollegen gestützt; der Kampf um den Schutz der Delegierten konnte somit zu einem integrativen Moment werden. Nun verließen sich Delegierte auf den Schutz des Gesetzes, und liefen damit Gefahr, ihre integrierende Funktion zu verlieren⁶⁵. Ein ähnliches Argument lässt sich

61 Zwar akzeptierten die Delegierten auf dem Vereinigungskongress im September 1936, dass gewerkschaftliche und politische Mandate akkumuliert werden konnten, aber die Zustimmung zu diesem Vorschlag (der ehemaligen *unitaires*) fiel mit nur 65% so niedrig aus wie bei keinem anderen Vorschlag dieser Tendenz, siehe OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 167. Ochandiano betont, dass damit die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zweitrangig wurde.

62 Siehe zu den Reformen WOLIKOW, *Le Front populaire* (wie Anm. 1), S. 169–194; WEBER, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft* (wie Anm. 8), S. 1037–1063.

63 Siehe ADR 10M494.

64 Siehe ADR 10M487–10M495. Dort finden sich zahlreiche weitere Belege für Versuche der Arbeitgeber, die Reformen zu umgehen, etwa indem sie Arbeiter anderen Berufskategorien zuordneten. Zu Reaktionen des Patronats auf die Volksfront, siehe die exzellente Studie von Ingo KOLBOOM, *Frankreichs Unternehmer in der Periode der Volksfront, 1936–1937*, 2 Bde., Rheinfelden 1983.

65 In einem Bericht der Präfektur vom 22.10.1936 hieß es etwa über »syndiqués nouveaux«, die dem PCF zuneigten: »Ils voient dans cet organisme [la CGT] une forme gouvernementale nouvelle ...« Siehe ADR 4M236, Bericht vom 22.10.1936.

in Bezug auf Lohnkonflikte formulieren. Auch sie wurden in Verhandlungsräumen von Schlichtern ausgetragen, und basierten, trotz anhaltender Streiks, nicht mehr allein auf der Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften am Arbeitsplatz. In diesem Sinne trug die ›fortschrittliche‹ soziale Gesetzgebung der Regierung Blum zwar zur Befriedung sozialer Konflikte bei, aber eben auch zur Erosion von Praktiken, auf denen die Stärke der Arbeiterbewegung beruht hatte.

Die Politisierung der Arbeiterbewegung barg jedoch nicht nur ein spaltendes Moment, sondern führte auch zu einer Eskalationsdynamik, die Kompromissfindungen bei Lohnkonflikten verunmöglichte, wie abschließend am Beispiel des Bauarbeiterstreiks im Herbst 1938 gezeigt werden soll⁶⁶. Verglichen mit der Situation in den frühen 1930er Jahren sind zunächst einige gravierende Unterschiede festzuhalten. Zum einen war der Cartel autonome von Kommunisten übernommen worden und firmierte nun als X^e Région de la Fédération du bâtiment, einer zentral von Paris aus gelenkten Organisation. Zum anderen war es aber auch bei den Arbeitgebern zu einem Prozess der Reorganisierung und Politisierung gekommen. So schworen die Arbeitgeber unter Führung Rousseaus auf einer Versammlung der Chambre patronale im Juli 1937 sich dafür einzusetzen, »[q]ue la classe ouvrière, toute en restant fidèle au syndicalisme légitime, renonce définitivement à suivre les meneurs qui ont introduit dans leurs organisations professionnelles des visées politiques tendant à établir en France le régime marxiste destructeur de leurs libertés et de leurs droits naturels«⁶⁷. Darüber hinaus führte die ökonomische Krise zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit, wobei die Situation durch den Zustrom von Arbeitern aus anderen Branchen, die dort ihre Stelle verloren hatten, noch weiter verschlimmert wurde. Hinzu kam, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Blum zu einer massiven Inflation führte, die bald die Einkommenszuwächse der Arbeiter aus dem Sommer 1936 zunichtemachte.

Aus diesem Grund forderten die Bauarbeiter im Frühjahr 1937 eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung. Gemäß der neuen Regulierung von Arbeitskonflikten kam es zu Verhandlungen und Schlichtungsbemühungen, die, ohne dass es zu einem Streik gekommen wäre, schließlich mit einer Lohnerhöhung von 13% endeten, einer herben Niederlage für die Arbeitgeberseite. In Anbetracht der fortschreitenden Inflation forderten die Arbeiter bereits im November 1937 eine erneute Lohnerhöhung von 20%. Wiederum kam es zu Schlichtungsbemühungen, die jedoch von Arbeitgeberseite verschleppt wurden, die dann auch Widerspruch gegen einen ersten Schlichterspruch einlegten, der den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohns um einen Franc gebracht hätte. Im Sommer wurde schließlich ein neuer Vermittler namens Dilhac bestellt, der sich jedoch Zeit mit seinem Schiedsspruch ließ. In dieser Situation begann sich die X^e Région auf einen Streik vorzubereiten, der am 5. August beschlossen wurde und am 8. August begann⁶⁸, trotz kritischer Stimmen innerhalb

66 Siehe zum Folgenden ADR 10M495, 10M497, sowie OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 181–197; FAU, *Maçons* (wie Anm. 17), S. 190–236. Ochandiano bezieht sich zum Großteil auf die genannten Akten der Präfektur in den ADR.

67 *Lyon républicain*, 7.7.1937, zitiert in OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 165.

68 Damit fand der Streik zu einem für die Arbeiter ungewohnten und ungünstigen Zeitpunkt statt: im Spätsommer und Herbst. (Traditionell hatten sie im Frühjahr gestreikt, da zu diesem Zeitpunkt die Firmen am verwundbarsten waren.) Auch dies war ein für die Arbeiter negatives

der Arbeiterbewegung, etwa seitens Vivier-Merles, der zu bedenken gab, dass kräftige Lohnerhöhungen nur zu mehr Konkurrenz und damit zu mehr Arbeitslosigkeit führen würden. Der nun folgende Streik war von einer gleichzeitigen Radikalisierung und Politisierung gekennzeichnet; er endete mit einer spektakulären Niederlage der Arbeiter.

Von Anfang an standen die Weichen auf Radikalisierung. Gleich zu Beginn des Streiks drohten die Arbeiter, den zunächst auf Lyon beschränkten Streik auf die Umgebung auszuweiten, sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Da sich die Arbeitgeber nicht darauf einließen, schlossen sich am 17. August auch Saint-Foy, l'Argentière, Givors und andere Orte in der Region dem Streik an; am 22. August folgte schließlich Villefranche. In der Zwischenzeit hatte Dilhac seinen Schiedsspruch (*sentence surarbitrale*) verkündet: Zwar gestand er ein, dass die Arbeiter wegen der Preissteigerungen effektive Lohninbußen hinnehmen mussten, gestand ihnen als Ausgleich aber nur, je nach Wohnort, zwischen fünf und sieben Prozent Lohnsteigerung zu⁶⁹. Verglichen mit dem vorigen Schiedsspruch standen die Arbeiter deutlich schlechter da. Der Prozess der Radikalisierung setzte sich am 2. September mit einem Ultimatum der Arbeiterseite fort: Sollten die Arbeitgeber bis zum 9. September nicht die Forderungen der Arbeiter erfüllen, so würde es zum Generalstreik im Baugewerbe kommen, was bedeutete, dass auch jene Firmen, wie etwa die sozialistische Kooperative L'Avenir, die bislang die geforderten Löhne gezahlt hatten und daher vom Streik verschont geblieben waren, bestreikt werden würden.

Da sich, wie kaum anders zu erwarten, die Arbeitgeber diesen Forderungen nicht beugten und stattdessen, unter der Leitung des kompromisslosen Rousseau, erklärten, alle Gespräche mit der ›politisierten‹ X^e Région abzubrechen, begann am 12. September der Generalstreik im Baugewerbe. Begleitet wurde dieser von zunehmender Gewalt, da die *militants* den Streik nur mit Mühe durchsetzen konnten. In den Straßen Lyons nahmen die Auseinandersetzungen zwischen *roulantes* und der Bereitschaftspolizei (*gardes mobiles*) zu. Am 15. September kam es beispielsweise zu einem größeren Zwischenfall in La Croix Rousse, infolge dessen elf *militants* festgenommen wurden. Die Situation eskalierte schließlich im Anfang Oktober. Zunächst kam es am 3. Oktober vor einer Baustelle der Firma Rioussat in der Vitriolerie zu einer massiven Straßenschlacht, als mehrere Hundert streikende Arbeiter dort arbeitende Kollegen – unter ihnen die alte, von Kommunisten entmachtete Führung des Cartel – mit einem Steinhaagel angriffen. Den *gardes mobiles*, die zunächst auf Verstärkung warten mussten, gelang es schließlich, etwa achtzig Arbeiter zu verhaften, von denen 26 in Haft behalten wurden, darunter die Führung der Gewerkschaft; weitere führende Gewerkschaftsmitglieder wurden in den folgenden Tagen verhaftet⁷⁰. Der Höhepunkt der Gewalt wurde schließlich am 10. Oktober erreicht, als der Vorarbeiter Ladislas Wiczorkowski in der Nähe einer Baustelle, auf der er trotz der

Ergebnis der Blum'schen Reformen, die einen festgeschriebenen Vermittlungsprozess forderten, siehe OCHANDIANO, *ibid.*, S. 190.

69 Dieser Schiedsspruch traf die unteren Gehaltsklassen besonders stark, da der vorige Schiedsspruch eine einheitliche Erhöhung von einem Franc pro Stunde vorgesehen hatte, während dieser in Prozenten des vorigen Tarifes berechnet wurde, siehe hierzu *ibid.*, S. 191, Anm. 68.

70 ADR Uca 1068 und 1069. Siehe auch OCHANDIANO, *Formes syndicales* (wie Anm. 1), S. 194.

Streiks arbeitete, erschossen wurde. Zwar ließ sich eine direkte Verstrickung der streikenden Arbeiter nicht nachweisen, doch die Stimmung in Lyon war eindeutig: Zumindest moralisch war der Syndicat unique du bâtiment für den Mord verantwortlich⁷¹. Am 22. Oktober wurde schließlich die Aufgabe des Streiks beschlossen, und am 24. Oktober kehrten die Arbeiter geschlagen auf die Baustellen zurück. In der Folgezeit verlor die einst so mächtige Gewerkschaft ihre Macht auf den Baustellen.

Diese Radikalisierung lässt sich zu einem guten Teil mit der parallel verlaufenden Politisierung des Streiks erklären, die ebenfalls schon zu Beginn des Streiks einsetzte. Ende August hatte Daladier seine Absicht verkündet, Frankreich »zurück zur Arbeit« zu bringen, was die Arbeiterbewegung als einen Frontalangriff wahrnahm, der vor allem der 40-Stunden-Woche galt. Um hiergegen zu protestieren, organisierte die Union départementale de la CGT, die lokale Dachorganisation der CGT, eine Protestveranstaltung, auf der Labrousse, délégué fédéral du bâtiment, nachdrücklich die nationale und damit politische Bedeutung des Bauarbeiterstreiks in Lyon betonte⁷². Anders als zu Zeiten des alten Cartel, als einzig die direkten Interessen mit Streiks verfolgt wurden, standen nun politische Fragen und Ziele, etwa der Protest gegen die Politik Daladiers, im Vordergrund. Jean-Luc de Ochandiano, der die Geschichte der Bauarbeiter in Lyon wie kein zweiter kennt, vermutet, dass die (ebenfalls kommunistisch dominierten) Pariser Bauarbeiter, die zur gleichen Zeit in den Streik treten wollten, den Streik in Lyon gleichsam als Testfall für ein Kräfteressen nutzen wollten⁷³.

Albert Fau, damals Sekretär im Syndicat des maçons, bezeugt in seinen Memoiren den Einfluss der nationalen, kommunistischen Führung auf die Radikalisierung des Streiks. Das Ultimatum an die Arbeitgeber etwa sei vor allem auf den Einfluss der *direction fédérale* zurückzuführen, die sich gegenüber Widerständen in der lokalen Streikleitung durchsetzen konnten. Die Erfolgsaussichten für den Streik in Lyon schwanden mit dem Ultimatum erheblich, war es den Arbeitern doch zuvor gelungen, Lücken in die Front der Arbeitgeber zu reißen und mit einzelnen Firmen Verträge zu schließen, so dass wenigstens manche Arbeiter Geld verdienen konnten um den Streik zu unterstützen. Indem der Streik ausgeweitet wurde, beraubten sich die Arbeiter nicht nur dieser Geldquelle, sondern sorgten auch dafür, dass die Front der Arbeitgeber geschlossen wurde⁷⁴.

Gleichwohl ist der Prozess der Radikalisierung und Politisierung nicht als einseitiger Prozess auf Seiten der Arbeiterschaft aufzufassen. Wie oben notiert fand ein ähnlicher Prozess auch auf Seiten der Arbeitgeber statt, deren Führer Rousseau sich konsequent weigerte, mit der kommunistisch dominierten X^e Région zu verhandeln und stattdessen erfolgreich versuchte, mit den »gelben« Gewerkschaften, den *syndicats professionnels français*, einen Vertrag abzuschließen, die in seinen Augen unpo-

71 Siehe Lyon républicain, 11.10.1938, sowie OCHANDIANO, Formes syndicales (wie Anm. 1), S. 197.

72 ADR 4M236, auch zitiert in OCHANDIANO, Formes syndicales (wie Anm. 1), S. 191f.

73 OCHANDIANO, *ibid.*, S. 192. Vgl. auch WEBER, Gescheiterte Sozialpartnerschaft (wie Anm. 8), S. 1064–1085.

74 FAU, Maçons (wie Anm. 17), S. 234–236.

litisch waren, *de facto* aber von rechten Organisationen und Parteien unterstützt wurden⁷⁵. In diesem Sinne trug die Politisierung sozialer Konflikte dazu bei, ihre Lösung, insbesondere zum Vorteil der Arbeiter, zu erschweren. Alte, erprobte Taktiken, etwa um eine Lücke in die Front der Arbeitgeber zu reißen, wurden aufgegeben, damit der Streik seine politischen Ziele, etwa im Protest gegen den Kurs der Regierung Daladier, erreichen konnte. Hier lässt sich die Handschrift der Kommunistischen Partei erkennen, die auch schon vor 1934 auf eine Radikalisierung von Streiks gesetzt hatte. Hatte die Politisierung der Arbeiterbewegung 1936 noch zu ihrem Erfolg beigetragen, so hatte sie im Herbst 1938 fatale Konsequenzen für die Arbeiterbewegung.

Abschließende Bemerkungen

Welche Schlüsse lassen sich aus dieser kurzen Lokalstudie über die Volksfront in Lyon ziehen? Die Ergebnisse zusammenfassend soll abschließend noch einmal die Ausdehnung des Politischen und dessen wachsende Bedeutung betont werden. Zunächst kam es im Zuge der nationalen politischen Krise 1934 zu einem enormen Bedeutungsgewinn politischer Parteien, insbesondere der Kommunistischen Partei, innerhalb der Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Konflikte verloren ihre Bedeutung, und das apolitische Cartel autonome seine Anziehungskraft. Indem Politik in Form von Demonstrationen und Versammlungen nun auf Straßen, Plätzen und in Versammlungsräumen stattfand, dehnte sich der politische Raum im wörtlichen Sinne aus. Diese *politische* Mobilisierung von Nachbarschaften schuf eine Grundlage für die *soziale* Mobilisierung auf nachbarschaftlicher Ebene während der Sommerstreiks 1936. In diesem Sinne hatte die Politisierung der Arbeiterbewegung eine mobilisierende und vereinende Wirkung, da sie half, interne Konflikte zu überwinden. Jedoch blieb es nicht dabei. In der Folgezeit erhielten Praktiken der Arbeiterbewegung wie Streiks, insbesondere der gescheiterte Bauarbeiterstreik im Herbst 1938, eine politische Bedeutung, was diese Praktiken gleichsam überlastete. Dort zählten nicht mehr die lokalen ›direkten Interessen‹ der betroffenen Bauarbeiter, sondern die politische Situation auf nationaler Ebene. Alte und erfolgserprobte Taktiken, die stets die Möglichkeit eines Kompromisses beinhalteten, wurden aufgegeben, da mit ihnen die politischen Ziele des Streiks nicht erreicht werden konnten. Diese politische Aufladung sozialer Praktiken, die ebenfalls als eine Erweiterung des Politischen gedeutet werden kann, hatte damit letztendlich negative Konsequenzen für die Arbeiterbewegung.

75 OCHANDIANO, Formes syndicales (wie Anm. 1), S. 205–209.